



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 06/18 • 08.02.2018



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

Am 07. Februar 2018 hat das Europäische Parlament eine Entschließung zu seiner künftigen Zusammensetzung angenommen, in der hervorgehoben wird, dass nach der Wahlperiode bis 2019 ein neuer Beschluss über die Zusammensetzung des EP erforderlich sei sofern es zu dem in Aussicht stehenden Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union kommen wird.

In dem Fall werde die Zahl der Europaabgeordneten von 751 auf 705 sinken. Von den 73 britischen Sitzen sollten nach der Entschließung des EP 46 frei bleiben und könnten bei Bedarf auf neue Länder, die der Europäischen Union beitreten könnten, verteilt werden.

Die verbleibenden 27 Sitze hingegen sollten auf 14 EU-Länder verteilt werden, die derzeit unterrepräsentiert sind, um eine bestehende Ungleichheit bei der Vertretung im Parlament auszugleichen.

Der Vorschlag wurde mit 431 Stimmen bei 182 Gegenstimmen und 61 Enthaltungen angenommen. Im weiteren Verfahren wird die legislative Initiative des EP nun dem Europäischen Rat zur einstimmigen Beschlussfassung vorgelegt

Mehr Informationen unter:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20180202IPR97025/europawahl-2019-parlament-soll-nach-brexit-kleiner-werden>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0029+0+DOC+PDF+V0//DE>

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Datenschutz keine Verhandlungsmasse bei EU-Handelsabkommen	
• Europäische Kommission – Konsultation zur Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht	
• Europäische Kommission – Personalien	
• Europäische Kommission – Kampf gegen Tier- und Pflanzenkrankheiten	
• Europäische Kommission – Neuer Verhaltenskodex	
• Europäisches Parlament – REGI-Ausschuss tagt zur Zukunft der Kohäsionspolitik	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• Saubereres Trinkwasser für alle Europäer	
• Lebensmittel von zweierlei Qualität - Bessere Vergleichsprüfungen	
• Europäischer Übersetzungswettbewerb „Juvenes Translatores“	
• EU soll bei Gesundheitstechnologien stärker zusammenarbeiten	
• Nachhaltige Finanzwirtschaft - Hochrangige Expertengruppe legt Fahrplan für eine grünere Wirtschaft vor	
• Positive Halbzeitbilanz zu Erasmus+	
• EU ist Vorreiter bei Förderung der Bildung für alle	
• EU-Netz für Cybersicherheit: Ausschreibung für Pilotprojekt gestartet	
<u>Was, wann, wo</u>	16
• ESF-Arbeitstreffen	
• Konsultssekretärsanwärter/innen besuchen Landesvertretung Brüssel	
• Innovatives Magdeburger Opernprojekt – Nominierung	
• Karrieremesse Internationale Organisationen	
<u>Ausschreibungen</u>	20
• KOM - Erasmus-Charta für die Hochschulbildung 2014-2020	
• EIB - Wettbewerb für soziale Innovation des EIB-Instituts 2018	
• Entwicklungspolitik: Kommission schreibt Lorenzo-Natali-Preis für Journalismus aus	
• Filmwettbewerb 2018 - Reisen zu den Filmfestspielen in Cannes zu gewinnen	
• Sicherheitspersonal für EU-Haus in München gesucht	
• Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Europäischen Kommission - hier GD Umwelt, internationale Beziehungen	
<u>Kontaktbörse</u>	23
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	24
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	27
<u>Impressum</u>	28



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Datenschutz keine Verhandlungsmasse bei EU-Handelsabkommen

Die EU-Kommission hat ihren Standpunkt zum Schutz von personenbezogenen Daten auf internationaler Ebene bekräftigt. In ihren am 31. Januar vorgelegten horizontalen Bestimmungen betonte die Kommission, dass Datenschutz – ein Grundrecht der EU - kein Gegenstand von Verhandlungen im Rahmen von EU-Handelsabkommen sein kann. Die Dialoge zum Datenschutz und die Handelsverhandlungen mit Drittländern können einander ergänzen, müssen aber getrennte Wege gehen - wie derzeit mit Japan und Südkorea. Mit beiden Ländern führt die Kommission Gespräche zur „Feststellung eines angemessenen Datenschutzniveaus“, die den freien Fluss personenbezogener Daten in Länder mit gleichwertigen Datenschutzvorschriften wie die EU ermöglicht.

Die Ausarbeitung der horizontalen Bestimmungen wurde vom Ersten Kommissionsvizepräsidenten Frans Timmermans geleitet. Der Textentwurf würde es der EU ermöglichen, gegen protektionistische Praktiken in Drittländern vorzugehen und gleichzeitig sicherzustellen, dass solche Handelsabkommen nicht dazu benutzt werden können, die strengen EU-Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten in Frage zu stellen. Die Kommission unterrichtet nun die anderen europäischen Institutionen sowie den Europäischen Datenschutzbeauftragten und die Arbeitsgruppe der Datenschutzbehörden gemäß Artikel 29 über ihren Standpunkt gemäß den üblichen Verfahren.

Wie die Kommission bereits in ihrer [Mitteilung über den Austausch und Schutz personenbezogener Daten in einer globalisierten Welt](#) unterstrich, setzt sie sich weiterhin auf bilateraler und multilateraler Ebene für die Entwicklung hoher internationaler Datenschutzstandards ein. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 31. Januar 2018 [Link](#)

Europäische Kommission – Konsultation zur Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht

Die Kommission hat am 2. Februar eine öffentliche Konsultation zu Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht gestartet. Die Beiträge werden in die Erarbeitung der neuen Strategie für die europabezogene justizielle Aus- und Fortbildung für den Zeitraum 2019 – 2025 einfließen. [Die Konsultation läuft bis 26. April.](#)

An dieser Konsultation können alle an der künftigen Strategie für die europabezogene justizielle Aus- und Fortbildung interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenträger teilnehmen.

Die Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Rechtsberufe im Unionsrecht ist für eine korrekte und unionsweit einheitliche Anwendung des Unionsrechts und den reibungslosen Ablauf grenzüberschreitender Gerichtsverfahren von entscheidender Bedeutung.



Die europabezogene justizielle Aus- und Fortbildung beinhaltet die Schulung von Angehörigen der Rechtsberufe im gesamten Unionsrecht einschließlich der Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit, der EU-Charta der Grundrechte, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Grundwerte der Union wie Rechtsstaatlichkeit.

Zu den Angehörigen der Rechtsberufe zählen Richter, Staatsanwälte, Gerichtsbedienstete, Gerichtsvollzieher und Vollzugsbeamte, Rechtsanwälte, Notare, Mediatoren, Gerichtsdolmetscher und -übersetzer, Gerichtssachverständige, Leiter und Personal von Haftanstalten sowie Bewährungshelfer. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Konsultation: Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht – von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025 [Link](#)

Strategie für die europabezogene justizielle Ausbildung von 2011 [Link](#)

Strategie für die europabezogene justizielle Aus- und Fortbildung für den Zeitraum 2019 – 2025 [Link](#)

Europäische Kommission – Personalia

Die Europäische Kommission hat am 31. Januar die derzeitige Stellvertretende Generalsekretärin Paraskevi Michou zur Generaldirektorin der Generaldirektion „Migration und Inneres“ ernannt. Damit ist sie die erste Frau auf diesem Dienstposten. Die Ernennung wird zum 1. März wirksam. Der derzeitige Generaldirektor Matthias Ruete, einer der erfahrensten Spitzenbeamten der Kommission, wird als Sonderberater im Generalsekretariat die Zuständigkeit für strategische Fragen im Zusammenhang mit der Energieunion, der Sicherheitsunion, der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit übernehmen. Auch diese Ernennung erfolgt zum 1. März und gilt bis Ende dieses Jahres.

Frau Paraskevi Michou ist griechische Staatsbürgerin und nahm 1995 ihren Dienst in der Europäischen Kommission auf. Sie war in mehreren Kommissionsdienststellen tätig, darunter von Oktober 2014 bis Oktober 2015 als geschäftsführende Generaldirektorin der Generaldirektion Justiz. Angesichts der großen Bandbreite ihrer Erfahrungen in der Kommission wurde sie 2015 zur stellvertretenden Generalsekretärin mit Zuständigkeit für institutionelle Angelegenheiten und Verwaltungspolitik, intelligente Regulierung und das Arbeitsprogramm ernannt. Frau Michou gehört zu den wichtigsten Akteuren der Kommission bei der Gestaltung der Herangehensweise an die Migrationskrise. Sie war insbesondere für das dienststellenübergreifende Migrationsmanagement innerhalb der Kommission zuständig. In ihrer neuen Funktion als Generaldirektorin wird Frau Michou unter der Federführung des Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans, der für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechtecharta zuständig ist, direkt mit Dimitris Avramopoulos, dem für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständigen Kommissionsmitglied, und Julian King, dem für die Sicherheitsunion zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten.

Matthias Ruete, deutscher Staatsangehöriger, trat 1986 in die Kommission ein. Während seiner erfolgreichen und langjährigen Laufbahn hat er viele wichtige Positionen bekleidet und einen wesentlichen Beitrag zur Politik der Kommission in Bereichen wie Erweiterung, Verkehr, Energie



und zuletzt Migration und Inneres geleistet. Seit 2006 war er sukzessive Generaldirektor der Generaldirektionen Energie und Verkehr, Mobilität und Verkehr sowie Migration und Inneres. Angesichts seiner breiten Erfahrung und umfassenden Kenntnis der Kommissionspolitik auf wichtigen Gebieten wird sein Rat zu strategischen Fragen für die Kommission weiterhin von großem Wert sein.

Mit den beiden Ernennungen sorgt die Kommission für eine reibungslose Nachfolge auf der Führungsebene in einem so wichtigen Bereich wie Migration und Inneres und wahrt gleichzeitig politische Kontinuität. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Lebensläufe der obersten Führungskräfte der Europäischen Kommission [Link](#)

Website des Generaldirektors für Migration und Inneres [Link](#)

Europäische Kommission – Kampf gegen Tier- und Pflanzenkrankheiten

Die Kommission hat beschlossen, im Jahr 2018 rund 154 Mio. Euro für die Bekämpfung von Tierseuchen und Infektionskrankheiten von Tieren, die auf den Menschen übertragbar sind, und für die Forschung über Pflanzenschädlinge bereitzustellen. Aktuelle Fälle wie die Afrikanische Schweinepest zeigen, wie wichtig die europäische Zusammenarbeit ist. Die Programme dienen unter anderem der Bekämpfung und Überwachung von Krankheiten wie der Afrikanischen Schweinepest und dem Pflanzenschädling *Xylella fastidiosa*, der vor allem Oliven-, Pflaumen-, Mandel- und Kirschbäume befällt.

Die Mittel werden den Behörden der Mitgliedstaaten dabei helfen, Ausbrüche, die schwerwiegende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Wirtschaft und den Handel haben könnten, rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

Der Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Vytenis Andriukaitis begrüßte die Entscheidung: „Im Laufe der Jahre haben die EU-Beschlüsse zur Kofinanzierung von Tier- und Pflanzenschutzprogrammen dazu beigetragen, dass die Zahl der Fälle von Infektionen wie Salmonellose beim Menschen zurückgegangen ist und das Vertrauen der Verbraucher in die tierischen und pflanzlichen Erzeugnisse der EU wiederhergestellt werden konnte.“

Betreffend der Tiergesundheit wurden 141 Mio. Euro zur Durchführung der 134 genehmigten Programme zur Tilgung, Bekämpfung und Überwachung von Krankheiten wie Rindertuberkulose, Tollwut, Rinderbrucellose, Afrikanische Schweinepest und Hautkrankheiten gewährt. Im Bereich der Pflanzengesundheit hat die EU im Jahr 2018 in 24 Mitgliedstaaten fast 13 Mio. Euro für 46 Programme zur Untersuchung von Pflanzenschädlingen bereitgestellt.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Initiativen der Kommission für Tiergesundheit [Link](#)

Initiativen der Kommission für Pflanzengesundheit [Link](#)

Fragen und Antworten zur Pflanzengesundheitsverordnung (2016) [Link](#)



Europäische Kommission – Neuer Verhaltenskodex

Seit 31. Januar gilt für alle Kommissare der Juncker-Kommission ein strengerer Verhaltenskodex, wie von Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union angekündigt. Darunter fällt eine Verlängerung der „Karenzzeit“ für Kommissare von 18 auf 24 Monate und auf drei Jahre für den Kommissionspräsidenten nach Beendigung ihre Amtszeit. Strengere Regeln gelten auch für die finanziellen Interessen von Kommissionsmitgliedern. Zudem wird ein unabhängiger, mit erweiterten Befugnissen ausgestatteter Ethikausschuss geschaffen, der eine strengere Kontrolle gewährleistet und der Kommission in ethischen Fragen beratend zur Seite steht. Der neue Verhaltenskodex ist eines der Ergebnisse des von Präsident Juncker seit Beginn seiner Amtszeit gezeigten Engagements für mehr Transparenz. Der neue Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder betrifft folgende Bereiche:

- Tätigkeiten nach Beendigung der Amtszeit
- Vermeidung von Interessenskonflikten
- Finanzielle Interessen
- Transparenz und Rechenschaftspflicht
- Durchsetzung der Vorschriften
- Möglichkeit für Kommissionsmitglieder, sich ohne Freistellung als Kandidaten zu den Wahlen für das Europäische Parlament aufstellen zu lassen

Als Teil ihrer Maßnahmen zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht wird die Kommission schließlich jährlich einen Bericht über die Anwendung des Verhaltenskodexes veröffentlichen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder 2018 [Link](#)

Wortlaut von Artikel 245 [Link](#)

Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder 2011 [Link](#)

Link zur Pressemitteilung über das Schreiben von Präsident Juncker an Präsident Schulz über die Karenzzeit und den Europawahlkampf [Link](#)

Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017 [Link](#)

Europäisches Parlament – REGI-Ausschuss tagt zur Zukunft der Kohäsionspolitik

Am 1. Februar 2018 fand eine außerordentliche Sitzung des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) im Europäischen Parlament zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 statt. Dabei wurden Kernaspekte der Weiterentwicklung der Politik aus Sicht der EU-Institutionen und der europäischen Regionenverbände beleuchtet. Herr Staatssekretär Dr. Michael Schneider vertrat in seiner Funktion als Berichterstatter zur Zukunft der Kohäsionspolitik den Ausschuss der Regionen (AdR).

Zu Beginn erklärte De Michelis, Kabinettschef der Kommissarin für Regionalpolitik Cretu, dass es die Kohäsionspolitik nach 2020 zur Bewältigung der vielen Herausforderungen Europas für alle Regionen beizubehalten gelte.

Ministerin Pavlova sprach sich vertretend für die bulgarische Ratspräsidentschaft für eine radikale Vereinfachung der Politik aus.



Herr StS Dr. Schneider unterstrich vor dem Hintergrund der Diskussion um den EU-Mehrwert der Kohäsionspolitik die historischen Erfolge der Strukturfondsinterventionen in den Regionen Europas. Hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der Strukturfonds habe die Stellungnahme des AdR zur Zukunft der Kohäsionspolitik gute Vorschläge in die Diskussion eingebracht, die nun zur Stärkung der Politik nach 2020 in die sog. Kohäsionsallianz einfließen werden. Wichtig sei es, die Zielsetzung der Kohäsionspolitik zu berücksichtigen, die den Zusammenhalt aller EU-Regionen stärken wolle. Um konkrete Lösungen für regionale Herausforderungen zu finden, sei es wichtig, auch zukünftig die Struktur und Interventionslogik der regionalen Mittelverwaltung in der Kohäsionspolitik beizubehalten. In diesem Zusammenhang wies er auf die unlängst eingerichtete Taskforce Subsidiarität hin, in der er den AdR vertrete.

Van Iersel vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss plädierte für die Beibehaltung einer starken Kohäsionspolitik, um den sozialen Zusammenhalt im Binnenmarkt zu gewährleisten.

Westphal, Berichterstatterin des Europäischen Parlaments zur Zukunft der Kohäsionspolitik, warb für eine Beibehaltung der aktuellen Struktur der Politik. Das Budget müsse trotz Brexit ausreichend sein und die Implementierung einfacher und flexibler.

Vertreter europäischer Verbände, darunter Eurocities und die Vereinigung Europäischer Regionen (AER) setzten sich abschließend für eine verstärkte Beteiligung der Städte und Regionen an der Gestaltung und Implementierung der Kohäsionspolitik ein. • *df*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Saubereres Trinkwasser für alle Europäer

Mit der am 1. Februar von der EU-Kommission vorgeschlagenen Reform der Trinkwasserrichtlinie werden die Qualität des Trinkwassers, der Zugang zu Trinkwasser und die diesbezüglichen Informationen für die Bürgerinnen und Bürger verbessert. Ziel des Legislativvorschlags ist es, das Recht auf sauberes Trinkwasser zu garantieren, ein Ziel, das auf die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative [„Right2Water“](#), zurückgeht, bei der 1,6 Mio. Unterschriften zur Unterstützung eines verbesserten Zugangs zu sauberem Trinkwasser für alle Europäer gesammelt wurden. Der Gesamtverbrauch an Leitungswasser – eine kostengünstige, sichere und umweltfreundliche Alternative zu in Flaschen abgefülltem Wasser – sollte sich dadurch erhöhen.



Die Verbraucher sollen durch den Vorschlag zu mündigen Entscheidungen befähigt werden, indem sichergestellt wird, dass die Wasserversorgungsunternehmen ihnen genauere Informationen über den Wasserverbrauch, die Kostenstruktur sowie über den Preis pro Liter bereitstellen, der mit dem Preis für Flaschenwasser verglichen werden kann. Damit wird zu umweltpolitischen Zielen wie der Verringerung der Verwendung von Kunststoff und der Begrenzung des CO₂-Fußabdrucks der EU sowie zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung beigetragen.

Die meisten Menschen, die in der EU leben, haben einen sehr guten Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser. Dies ist den seit Langem bestehenden EU-Rechtsvorschriften zu verdanken, die die Europäer schützen, indem sie ihnen Zugang zu hochwertigem Trinkwasser sichern. Die Kommission möchte sicherstellen, dass diese hohe Qualität auch langfristig erhalten bleibt. Die Vorschriften, deren Aktualisierung die Kommission nun vorschlägt, werden die Wasserqualität und -sicherheit verbessern, indem in der Liste der Kriterien für die Bestimmung der Wassersicherheit neue und neu auftretende Stoffe (wie Legionellen und Chlorat) hinzugefügt werden. Bei diesen Ergänzungen werden die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation berücksichtigt.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten den Zugang zu Trinkwasser für alle Menschen verbessern, insbesondere jedoch für schutzbedürftige und ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, die derzeit Schwierigkeiten beim Zugang zu Trinkwasser haben. In der Praxis bedeutet dies, dass in öffentlichen Räumen Trinkwasseranlagen eingerichtet werden, dass Kampagnen durchgeführt werden, um die Bürgerinnen und Bürger über die Qualität ihres Wassers zu informieren, und dass Verwaltungen und die Betreiber öffentlicher Gebäude dazu angehalten werden, Zugang zu Trinkwasser zu gewähren. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Vollständige Pressemitteilung [Link](#)

Saubereres Trinkwasser für alle Europäer: Fragen und Antworten [Link](#)

Vorschlag für die überarbeitete Richtlinie [Link](#)

Folgenabschätzung [Link](#) und Zusammenfassung der Folgenabschätzung [Link](#)

Factsheet: Saubereres Trinkwasser für alle Europäer [Link](#)

Antwort der Kommission auf die Bürgerinitiative Right2Water [Link](#)

Europäische Säule sozialer Rechte [Link](#)

Trinkwasserrichtlinie [Link](#)



Lebensmittel von zweierlei Qualität - Bessere Vergleichsprüfungen

Die Methodik für bessere Vergleichsprüfungen bei Lebensmitteln soll bis April vorliegen, wie EU-Justiz- und Verbraucherkommissarin Věra Jourová am 2. Februar in Prag ankündigte. Mithilfe der von der Gemeinsamen Forschungsstelle mit Unterstützung von 16 Mitgliedstaaten entwickelten Methodik kann ab Mai eine koordinierte Testkampagne auf gemeinsamer wissenschaftlicher Basis durchgeführt werden. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte in seiner Rede zur Lage der Union im letzten September angekündigt, nicht zu akzeptieren, „dass den Menschen in manchen Teilen Europas qualitativ schlechtere Lebensmittel verkauft werden als in anderen, obwohl Verpackung und Markenkennzeichnung identisch sind.“

Die Kommission hat ihrer Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) 1 Mio. Euro für die Entwicklung der Methodik zur Verfügung gestellt. Dabei wurde die Gemeinsame Forschungsstelle von mindestens 16 Mitgliedstaaten sowie Interessensvertretern unterstützt. Die Untersuchungen betreffen die Zusammensetzung bestimmter Produkte, die in den meisten Mitgliedstaaten verkauft werden, und umfassen sowohl chemische als auch sensorische Tests. Die ersten Ergebnisse sollen bis Ende 2018 vorgestellt werden.

Bereits im September 2017 hatte die Kommission Leitlinien für die Anwendung und Durchsetzung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften im Bereich Lebensmittel verabschiedet. In diesem Rahmen wurde auch die finanzielle Unterstützung von Durchsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten angeboten. Kommissarin Jourová hat sich mehrfach mit Vertretern der Industrie getroffen, um diese aufzufordern, überall dort von einer Differenzierung von Produkten abzusehen, wo eine solche nicht durch spezifische Marktvorgaben gerechtfertigt ist. Einige Hersteller haben bereits mit der Änderung ihrer Rezepturen begonnen, um sicherzustellen, dass in der gesamten EU dieselben Produkte verkauft werden.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 2. Februar 2018 [Link](#)

Factsheet zu Produkten von zweierlei Qualität [Link](#)

Pressemitteilung: Lebensmittelprodukte von zweierlei Qualität - Orientierungshilfe für besseres Vorgehen gegen unlautere Praktiken [Link](#)

Europäischer Übersetzungswettbewerb „Juvenes Translatores“

Die deutsche Siegerin des aktuellen Übersetzerwettbewerbs Juvenes Translatores heißt Rebekka Mattes und kommt aus Leverkusen. Sie konnte sich mit ihrer Übersetzung aus dem Ungarischen gegen fast 400 Konkurrentinnen und Konkurrenten aus ganz Deutschland durchsetzen. Die Europäische Kommission hat am 2. Februar die Gewinnerinnen und Gewinner ihres jährlichen Übersetzungswettbewerbs [Juvenes Translatores](#) bekannt gegeben. Insgesamt 28 Sekundarschülerinnen und -schüler, je einer pro Mitgliedstaat, werden am 10. April nach Brüssel eingeladen und dort von dem für Haushalt und Personal zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger ausgezeichnet.

Die 17-jährige Rebekka Mattes besucht die Marienschule in Leverkusen-Opladen. Da die Strukturen der deutschen und der ungarischen Sprache so unterschiedlich sind, ist eine Übersetzung eine besondere Herausforderung. Rebekka Mattes kann als Gesamtsiegerin zur Preisverleihung nach Brüssel reisen, aber eine Reihe anderer deutscher Schülerinnen und



Schüler, die herausragende Übersetzungen abgeliefert haben, erhalten in den nächsten Tagen noch spezielle Auszeichnungen für ihre Leistung.

Der Wettbewerb „Jvenes Translatores“ (Lateinisch für „junge Übersetzer“) wird seit 2007 alljährlich von der Generaldirektion Übersetzung der Europäischen Kommission ausgerichtet.

Er soll das Erlernen von Fremdsprachen in der Schule fördern und jungen Menschen einen Eindruck von der Tätigkeit des Übersetzens vermitteln. Der Wettbewerb richtet sich an 17-jährige Sekundarschülerinnen und -schüler und findet zeitgleich an allen ausgewählten Schulen europaweit statt. Inspiriert durch den Wettbewerb haben sich einige ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu entschlossen, Fremdsprachen an der Universität zu studieren und das Übersetzen zu ihrem Beruf zu machen.



2017 haben mehr als 3300 Schülerinnen und Schüler aus der ganzen EU teilgenommen und dafür einen Text zum 60. Jahrestag der Gründung der Europäischen Union übersetzt. 552 mögliche Kombinationen von zwei der 24 EU-Amtssprachen standen für die Übersetzungen zur Wahl. Die Teilnehmenden entschieden sich für insgesamt 144 Sprachkombinationen und übersetzten beispielsweise aus dem Polnischen ins Finnische, aus dem Tschechischen ins Griechische – oder eben aus dem Ungarischen ins Deutsche! Alle Gewinnerinnen und Gewinner hatten dabei entweder in die Sprache, die sie am besten beherrschen, oder in ihre Muttersprache übersetzt, so wie dies auch die Übersetzerinnen und Übersetzer der EU-Institutionen tun.

Die Übersetzung bzw. Mehrsprachigkeit gehört von Beginn an zur EU und war 1958 Gegenstand der allerersten [Verordnung](#). • *eag Quelle: PM KOM*

11

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Jvenes Translatores: Bekanntgabe der diesjährigen Gewinnerinnen und Gewinner des Übersetzungswettbewerbs der Europäischen Kommission für die Sekundarstufe [Link](#)

Website Jvenes Translatores [Link](#)

EU soll bei Gesundheitstechnologien stärker zusammenarbeiten

Die Kommission hat am 31. Januar einen umfassenden Vorschlag vorgelegt, mit dem die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien verstärkt werden soll. Dazu gehört mehr Transparenz, die es Patienten ermöglicht, sich selbst über neue Technologien zu informieren. Klare Regeln für Hersteller sollen für den gesamten Binnenmarkt gelten. Durch verstärkte Bewertungen von Gesundheitstechnologien kann die Qualität gesundheitsbezogener Dienstleistungen erhöht und Innovationen in allen EU-Mitgliedstaaten schneller umgesetzt werden.

Die vorgeschlagene Verordnung zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (Health Technology Assessment – HTA) deckt neue Arzneimittel und bestimmte neue Medizinprodukte ab. Sie bildet die Grundlage für eine dauerhafte, nachhaltige EU-weite Zusammenarbeit bei der Durchführung gemeinsamer klinischer Bewertungen in diesen Bereichen. Die Mitgliedstaaten werden bei der HTA EU-weit auf gemeinsame Instrumente, Methodiken und Verfahren zurückgreifen können und in folgenden vier Kernbereichen zusammenarbeiten:



- 1) bei gemeinsamen klinischen Bewertungen mit dem Schwerpunkt auf den innovativsten Gesundheitstechnologien, die für die Patienten am erfolgversprechendsten sind;
- 2) bei gemeinsamen wissenschaftlichen Konsultationen, die es den Entwicklern ermöglichen, den Rat der HTA-Behörden einzuholen;
- 3) bei der Ermittlung neu entstehender Gesundheitstechnologien, damit erfolgversprechende Technologien frühzeitig erkannt werden;
- 4) bei der fortdauernden freiwilligen Zusammenarbeit in anderen Bereichen.

Die Bewertung der nichtklinischen (z.B. wirtschaftlichen, sozialen und ethischen) Aspekte einer Gesundheitstechnologie wie auch die Festlegung von Preisen und Erstattungsätzen bleibt weiterhin Sache der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Der Vorschlag wird nun vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat erörtert. Geltungsbeginn der Verordnung soll drei Jahre ab dem Zeitpunkt ihrer Annahme und ihres Inkrafttretens sein. Den Mitgliedstaaten sollen weitere drei Jahre nach dem Geltungsbeginn der Verordnung eingeräumt werden, damit sie sich schrittweise auf das neue System umstellen können. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Fragen und Antworten: Kommissionsvorschlag zur Bewertung von Gesundheitstechnologien [Link](#)

Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)

Nachhaltige Finanzwirtschaft - Hochrangige Expertengruppe legt Fahrplan für eine grünere Wirtschaft vor

12

Die Europäische Kommission begrüßt den am 31. Januar vorgelegten Abschlussbericht ihrer hochrangigen Expertengruppe für eine nachhaltige Finanzwirtschaft, die strategische Empfehlungen für ein Finanzsystem zur Unterstützung nachhaltiger Investitionen abgibt. Die Kommission wird nun auf der Grundlage dieser Empfehlungen in den kommenden Wochen ihre Strategie für eine nachhaltige Finanzwirtschaft vorlegen.

Der Abschlussbericht der hochrangigen Expertengruppe zeigt die Herausforderungen und Chancen auf, vor denen die EU bei der Entwicklung einer nachhaltigen Finanzpolitik steht. Sie zeigt Wege auf, wie der Finanzsektor wieder mit der Realwirtschaft in Verbindung gebracht werden kann, um den Übergang zu einer ressourceneffizienteren Kreislaufwirtschaft zu unterstützen. Die Gruppe argumentiert, dass eine Neuausrichtung der Investitionsströme in langfristige, nachhaltige Projekte auch die Stabilität des Finanzsystems verbessern wird.

Die Expertengruppe schlägt unter anderem vor:

- ein Klassifizierungssystem („Taxonomie“), um Markt Klarheit darüber zu schaffen, was „nachhaltig“ ist und was nicht
- Klärung der Pflichten der Anleger für ein nachhaltigeres Finanzsystem
- Verbesserte Offenlegung von Finanzdienstleistern darüber, wie Nachhaltigkeit in ihre Entscheidungsfindung einbezogen wird
- ein EU-weites Label für grüne Investmentfonds
- eine europäische Norm für grüne Anleihen
- die Nachhaltigkeit in die Mandate der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (ESA) aufzunehmen.

Der Bericht der Gruppe wird die Grundlage für den umfassenden Aktionsplan der Kommission zur nachhaltigen Finanzierung bilden, den sie in den kommenden Wochen vorlegen wird.



Sowohl die Ergebnisse des Berichts als auch der Aktionsplan der Kommission werden auf einer hochrangigen Konferenz am 22. März 2018 in Brüssel erörtert.

Am 22. Februar 2018 finden dazu auch eine hochrangige Konferenz mit Vizepräsident Dombrovskis im Europäischen Haus Berlin statt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Bericht der hochrangigen Expertengruppe für eine nachhaltige Finanzwirtschaft [Link](#)

Ausführliche Pressemitteilung [Link](#)

Positive Halbzeitbilanz zu Erasmus+

Das Bildungsprogramm Erasmus+ ist auf gutem Weg, sein Ziel zu erreichen, bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen bei ihrer Aus- und Weiterbildung zu fördern. Das geht aus dem am 31. Januar von der EU-Kommission vorgelegten Halbzeitbericht hervor. In weniger als drei Jahren haben 1,8 Millionen Teilnehmer von Mobilitätsmaßnahmen profitiert, und über 240.000 Organisationen haben sich an Kooperationsprojekten beteiligt. Die Evaluierung zeigt auch, dass die Beteiligten Erasmus+ sehr schätzen: Die Zufriedenheit der Teilnehmer liegt bei über 90 Prozent.

In die Halbzeitbewertung flossen mehr als eine Million Beiträge von Beteiligten und Interessierten ein. Sie zeigten, dass sich das Programm bei Lernenden (Studierende, Auszubildende, Freiwillige, junge Menschen usw.) positiv auf den Erwerb von Kompetenzen auswirkt. Es trägt bei zur Beschäftigungsfähigkeit und verkürzt den Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung, und zwar um 13 Prozent im Vergleich zu Nichtteilnehmern. Erasmus+ hat auch die Bereitschaft gefördert, im Ausland zu arbeiten oder zu studieren (+31 Prozent) und den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen unterstützt (um 7 Prozent besseres Abschneiden bei Überprüfung der Sprachkenntnisse). Es ist stärker als die Vorläuferprogramme oder vergleichbare einzelstaatliche Programme auf benachteiligte junge Menschen ausgerichtet (11,5 Prozent aller Teilnehmer an Erasmus+). Aus der Evaluierung geht jedoch hervor, dass noch mehr getan werden muss, um stärker benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen und die Teilnahme kleinerer Organisationen zu erleichtern. Ab diesem Jahr sind neue Aktionen geplant, die die Mobilität von Schülerinnen und Schülern sowie Lernenden im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung weiter verbessern sollen.

Erasmus+ ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport. Seine Mittelausstattung von 14,7 Mrd. Euro ermöglicht es Millionen von Europäerinnen und Europäern, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten. Erasmus+ läuft bis 2020 und bietet nicht nur Möglichkeiten für Studierende. Es vereint mehrere Programme für Studierende, Auszubildende und Lehrkräfte, enthält Angebote für Einzelpersonen und Organisationen. In Deutschland profitierten 2016 über 98.000 Teilnehmer von Erasmus+, europaweit nutzten 725.000 Teilnehmer 2016 die Mobilitätsangebote des Programms.

Einhundert junge Menschen aus ganz Europa präsentierten ebenfalls ihre konkreten Ideen für eine gute Zukunft Europas, die sie im Rahmen der Initiative „[Ein neues Leitmotiv für Europa](#)“ entwickelt haben. EU-Kommissar Tibor Navracsics traf sich mit den jungen Menschen, um über ihre Meinung zur Zukunft Europas zu diskutieren und darüber zu sprechen, wie ihre Prioritäten





besser berücksichtigt werden können. Gleichzeitig mit diesen [Anregungen](#) wurden die Ergebnisse einer [neuen Eurobarometer-Umfrage](#) veröffentlicht, die zeigen, dass sich die Beteiligung junger Menschen an Freiwilligentätigkeiten, innerhalb von Organisationen und an Wahlen in den letzten Jahren verstärkt hat. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 31. Januar 2018 [Link](#)

Pressemitteilung: Junge Menschen präsentieren ihre Ideen für die Zukunft Europas [Link](#)

Website Erasmus+ [Link](#)

Statistiken zu Erasmus+ [Link](#)

Die Nationalen Agenturen zu Erasmus+ in Deutschland [Link](#)

EU ist Vorreiter bei Förderung der Bildung für alle

Internationale Akteure aus Geber- und Entwicklungsländern sollen ihre finanziellen Anstrengungen im Bereich Bildung deutlich erhöhen. Dies forderte am 1. Februar Neven Mimica, EU-Kommissar für Zusammenarbeit und Entwicklung, bei der Konferenz der Globalen Partnerschaft für Bildung in der senegalesischen Hauptstadt Dakar.

Die Ankündigung der EU vom Dezember 2017, die Mittel für die Globale Partnerschaft für Bildung um [weitere 100 Mio. Euro](#) aufzustocken, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die EU entschlossen ist, zu einem inklusiven und gerechten Zugang für gute Bildung beizutragen, Angebote zum lebenslangen Lernen für alle zu fördern und damit zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele beizutragen.

14

Mit dem Beitrag der EU konnte die Partnerschaft Folgendes erreichen:

- Im Jahr 2015 konnten 72 Millionen mehr Kinder eine Grundschule besuchen als noch 2002.
- Im selben Jahr lag der Anteil der Grundschul Kinder in den GPE-Partnerländern bei 76 Prozent (Anteil 2002: 63 Prozent).
- 2015 erreichten 74 Prozent der Mädchen einen Grundschulabschluss (Anteil 2002: 57 Prozent).
- Im Jahr 2015 haben die GPE-Partnerländer weiterhin mindestens 20 Prozent der öffentlichen Haushaltsmittel für Bildung ausgegeben.

Die EU als Ganzes ist der größte Beitragszahler der Globalen Partnerschaft für Bildung und stellt 63 Prozent der gesamten Mittelausstattung bereit. Zudem ist die EU durch ihre Programme für humanitäre Hilfe, die Millionen von Kinder in 50 Ländern der Erde unterstützen, weltweit führend bei der Förderung von Maßnahmen zur [Bildung in Notsituationen](#).

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Pressemitteilung: EU ist Vorreiter bei internationalen Maßnahmen zur Förderung der Bildung für alle [Link](#)

Überblick über das Engagement der EU für Bildung in den Partnerländern [Link](#)

Infografik zur Globalen Partnerschaft für Bildung [Link](#)



EU-Netz für Cybersicherheit: Ausschreibung für Pilotprojekt gestartet

Die EU-Kommission hat am 1. Februar eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für ein Pilotprojekt in Höhe von 50 Mio. Euro veröffentlicht, mit dem ein EU-weites Netz von Cybersicherheitszentren geschaffen werden soll. Im Rahmen des Pilotprojekts soll die Einrichtung eines Kompetenznetzes für Cybersicherheit (einschließlich eines Europäischen Forschungs- und Kompetenzzentrums für Cybersicherheit) getestet werden.

Die erfolgreichen Konsortien, darunter auch Laboratorien und Forschungszentren, sollen einen Fahrplan mit klaren Meilensteinen ausarbeiten, wie die Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit in ausgewählten Bereichen mittels Tests, Forschung und Innovation sowie Zertifizierungstätigkeiten angegangen werden können. Das Pilotprojekt wurde zusammen mit weiteren Vorschlägen im [September 2017](#) angekündigt und soll Europa die notwendigen Instrumente gegen Cyberangriffe an die Hand geben und beim Aufbau einer starken Cybersicherheit helfen.

Das Projekt wird aus dem Forschungsrahmenprogramm [Horizont 2020](#) finanziert. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen läuft bis zum 29. Mai 2018.

Am Tag zuvor hat die Kommission auch einen weiteren wichtigen Schritt zur Verbesserung der Cybersicherheit gemacht: Zur Richtlinie über die Sicherheit von Netz- und Informationssystemen (NIS-Richtlinie), die bis zum 9. Mai von allen Mitgliedstaaten umzusetzen ist, hat die Kommission eine [Durchführungsverordnung](#) für Anbieter digitaler Dienste in der EU (z.B. Cloud-Computing-Dienste, Online-Marktplätze und Suchmaschinen) erlassen. Die NIS-Richtlinie ist die erste EU-Rechtsvorschrift zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Cyberangriffen; sie unterstützt den Aufbau nationaler Kapazitäten, fördert die technische und strategische Zusammenarbeit auf EU-Ebene und führt Sicherheitsanforderungen und Meldepflichten ein. • *eaq Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 1. Februar 2018 [Link](#)

Informationen zum Aufruf: Establishing and operating a pilot for a Cybersecurity Competence Network to develop and implement a common Cybersecurity Research & Innovation Roadmap [Link](#)

Pressemitteilung: Lage der Union 2017 – Cybersicherheit: Kommission will Reaktionsfähigkeit der EU auf Cyberangriffe verbessern [Link](#)

The Directive on security of network and information systems (NIS Directive) [Link](#)

Reform der Cybersicherheit in Europa [Link](#)

Fragen und Antworten – Lage der Union 2017 – Cybersicherheit: Kommission verbessert ihre Reaktionsfähigkeit bei Cyberangriffen [Link](#)

Factsheet zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit bargeldlosen Zahlungsmitteln [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

ESF-Arbeitstreffen

Am 29. und 30. Januar 2018 fand in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union das jährliche Arbeitstreffen der Europäischen Kommission mit den deutschen und österreichischen ESF-Verwaltungsbehörden statt.

Einleitend gab die Direktorin der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration Andriana Sukova-Tosheva einen Überblick über die anstehenden Herausforderungen (z.B. demografische Entwicklung und veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt) und ging auf Rahmenbedingungen bei den anlaufenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen und die zukünftige Rolle des ESF im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ein. Sie erläuterte darüber hinaus die laufenden Rechtssetzungsaktivitäten zur Verwaltungsvereinfachung für die laufende Förderperiode 2014 bis 2020 (Omnibus-Verordnung).



der Arbeitswelt) und ging auf Rahmenbedingungen bei den anlaufenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen



In der Folge stand am Montag eine Bestandsaufnahme zum Programmabschluss 2007/2013 auf der Agenda ebenso wie „Lessons learned – Abschluss-Prozess, Vereinfachung und gold plating im Audit-Bereich, Audit-Plan 2018 etc.“

Am Dienstag ging es im Schwerpunkt um die laufende Förderperiode. Dies umfasste das Thema „Umsetzung, Monitoring und Evaluierung“ und Fragen von Output- und Ergebnisindikatoren, Leistungsrahmen sowie Begründungen für Änderungen der Operationellen Programme. Daneben wurde auch der Stand der Rechnungslegung 2016/2017 erörtert.



Das diesjährige Arbeitstreffen mit annähernd hundert Teilnehmenden zeigte erneut, wie wichtig und hilfreich der Austausch der unmittelbar mit der Verwaltung der Strukturfonds befassten Personen mit der Europäischen Kommission und auch untereinander ist.

• hf



Konsultssekretärsanwärter/innen besuchen Landesvertretung Brüssel



Im Rahmen einer einwöchigen Lehrbesichtigungsreise besuchte eine Gruppe von Konsultssekretärsanwärter/innen des Auswärtigen Amtes die Landesvertretung Brüssel. Sie informierten sich im Gespräch mit Mitarbeitern der Landesvertretung über die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union. Zudem wurde die gesamte Bandbreite der Tätigkeiten einer Landesvertretung den interessierten Zuhörern näher gebracht.

Abgerundet wurde der Besuch mit einer Führung durch die Liegenschaft, die eine bewegte Geschichte hinter sich hat. Nach den Plänen von Bauhaus-Schüler Franz Ehrlich zwischen 1966 und 1969 erbaut, diente das Gebäude am Boulevard Saint Michel 80 zunächst als Handelsvertretung und danach als Botschaft der ehemaligen DDR und wurde später von Sachsen-



Anhalt erworben und im Zuge einer umfassenden Rekonstruktion zu einem modernen „Zentrum der Regionen“ umgebaut. Die Brüsseler Repräsentanz von Sachsen-Anhalt bietet Interessenten aus den verschiedensten Bereichen hervorragende Möglichkeiten für Kontakte sowohl zu EU-Institutionen als auch zu Vertretern anderer EU-Mitgliedsstaaten und Regionen.

Im weiteren Verlauf ihrer Reise standen für die Gruppe die institutionellen Aspekte und Einzelfragen, die einen Bezug zur späteren konsularischen Tätigkeit haben (z.B. Visavergabe, Namensführung) im Mittelpunkt des Besuchsprogramms.

• *dw/ja*

Fotos: VH





Innovatives Magdeburger Opernprojekt – Nominierung Publikums-Voting und Podiumsdiskussion zum Kultursponsoring mit Vorstellung der »FEDORA Platform«

Seit 2015 ist das Theater Magdeburg Mitglied des europäischen Opern- und Ballettfördernetzwerkes »FEDORA – The European Circle of Philanthropists of Opera and Ballet«. Nun geht dieses Förderprojekt in eine neue Phase und ermöglicht jetzt auch dem Magdeburger Publikum und all seinen Freunden und Förderern aktiv zu werden.

Seit dem vergangenen Jahr wird »FEDORA – The European Circle of Philanthropist of Opera and Ballet« für sein Fördernetzwerk »FEDORA Platform« im Rahmen des Programms »Kreatives Europa« von der Europäischen Kommission gefördert. Zusammen mit 18 weiteren Theatern aus 13 Ländern beteiligt sich auch das Theater Magdeburg seit Kurzem an dieser Fundraising-Plattform, die innovative Opern- und Ballettproduktionen und aufstrebende Künstler unterstützen und einem breiten Publikum bekannt machen wird.

Nachdem 2015 die auch in Magdeburg begeistert aufgenommene Kinderoper zum Mitmachen »Milo, Maya und die Reise um die Welt« von FEDORA als innovative Uraufführung ausgezeichnet wurde, ist nun ein neues Magdeburger Opernprojekt für den »FEDORA – GENERALI Prize for Opera 2018« vorausgewählt. »The True Story of King Kong« (»Die wahre Geschichte von King Kong«) – so lautet der Titel eines Kompositionsauftrages, den das **Theater Magdeburg in Kooperation mit dem Puppentheater Magdeburg** bei der deutschen Librettistin und Regisseurin Roscha A. Säidow und dem auf den Philippinen geborenen chinesisch-britischen Komponisten Jeffrey Ching in Auftrag gegeben hat. Es entsteht ein einzigartiges modernes Musiktheaterwerk über einen der zentralen Mythen des 20. Jahrhunderts, das die Kraft von Oper und Puppentheater bündelt. Konzipiert für Sänger, Puppenspieler und Orchester verwebt die neue Kammeroper die beiden Kunstformen so miteinander, dass sich deren besondere Ausdrucksformen gegenseitig potenzieren. Mit diesem innovativen, wahrhaft internationalen Opernprojekt, das im März 2019 auf der Bühne des Schauspielhauses uraufgeführt werden soll, beschreiten die beiden Magdeburger Theater völlig neue Musiktheater-Wege und wurden nun mit der Nominierung dafür belohnt.

Zusätzlich schreibt FEDORA einen undotierten Publikumspreis aus. Damit dieser nach Magdeburg geht, ist jetzt das Magdeburger Publikum mit all seinen Freunden und Förderern aufgefordert, dafür zu votieren. Das geht ganz einfach: Auf der Internetseite www.fedora-platform.com kann bis Ende Februar 2018 für die Uraufführung des Theaters Magdeburg und des Puppentheaters Magdeburg »The True Story of King Kong« abgestimmt werden.

Um das Zukunftsthema Fundraising im Kulturbereich und seine große Bedeutung im Zuge von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zu erörtern und das Fördernetzwerk »FEDORA Platform« einem breiteren Publikum vorzustellen, veranstaltet das Theater Magdeburg zudem am 11. März 2018 um 14.00 Uhr im Wagnerfoyer eine Podiumsdiskussion mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft. Als Podiumsgäste sind Helmut Herdt (Sprecher der Geschäftsführung der Städtischen Werke Magdeburg), David Jackson (Mitgründer THE ART OF BUSINESS/ artness.net), Katja Mittag (NGO Kooperationen bei betterplace.org) sowie Michel Redlich (Vorsitzender des Fördervereins Theater Magdeburg e.V.) geladen. Die Podiumsdiskussion wird moderiert von Annegret Oster (Leiterin ZDF-Landesstudio Sachsen-Anhalt). Der Eintritt ist frei. Zählkarten erhalten Sie vorab an der Theaterkasse.



Co-funded by the
Creative Europe Programme
of the European Union



Dr. Christine Villinger
Leiterin Marketing & Kommunikation
Theater Magdeburg
Universitätsplatz 9
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 40 490 4002
Mobil: (0178) 21 62 709
Fax: (0391) 40 490 99 4002
christine.villinger@theater-magdeburg.de
www.theater-magdeburg.de
www.facebook.com/TheaterMagdeburg
Pressemitteilung, 28.01.2018

Karrieremesse Internationale Organisationen

Am Samstag, 3.März 2018, findet im Auswärtigen Amt in Berlin unter dem Motto

**Global denken.
Weltweit arbeiten.**

die diesjährige Karrieremesse Internationale Organisationen statt.



Dort haben Sie die Chance, sich in persönlichen Gesprächen, an Messeständen, bei Präsentationen und durch Erfahrungsberichte über Berufsbilder und den Arbeitsalltag in internationalen Organisationen zu informieren.

Informationen gibt es ab sofort unter www.diplo.de/io-karrieremesse

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 30. Januar 2018*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Besondere Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — EACEA/03/2018 — Erasmus-Charta für die Hochschulbildung 2014-2020
Fundstelle: Abl.	C 37 vom 1. Februar 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:037:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	22. März 2018
Antragsunterlagen:	Informationen über das Programm sind abrufbar unter: http://ec.europa.eu/erasmus-plus Die Anträge sind unter Beachtung der von der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur bereitgestellten Anleitung zu stellen, die unter der folgenden Adresse verfügbar ist: https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/funding/erasmus-charter-for-higher-education-2014-2020-selection-2019_en

Gegenstand:	EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen — Wettbewerb für soziale Innovation des EIB-Instituts 2018
Fundstelle: Abl.	C 37 vom 1. Februar 2018 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2018:037:FULL&from=DE
Antragsunterlagen:	Weitere Informationen über diesen Wettbewerb und über die Einreichung von Projekten finden Sie unter: http://institute.eib.org/programmes/social/social-innovation-tournament/ Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/EibInstitute

Entwicklungspolitik: Kommission schreibt Lorenzo-Natali-Preis für Journalismus aus

Die Europäische Kommission hat am 5. Februar den Lorenzo-Natali-Medienpreis 2018 ausgeschrieben. Mit dem Medienpreis werden Journalisten und Journalistinnen ausgezeichnet, die herausragend über Themen wie den Kampf gegen die Armut und die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung berichten. Die Bewerbungen können bis zum 9. März in den Kategorien Internet, Print und audiovisuelle Medien eingereicht werden.

Die Journalisten sind aufgerufen, [ihre Arbeiten einzureichen](#), sei es im Print-, Digital-, Hörfunk- oder Fernsehformat. Bewerbungen werden vom 5. Februar bis zum 9. März 2018



entgegengenommen. Detaillierte Informationen zu [besonderen Vorschriften und Kriterien](#) sind online abrufbar.

Der Preis wird in zwei Altersgruppen verliehen: 21-26 Jahre sowie 27 Jahre und älter. In beiden Altersgruppen gibt es je einen Gewinner pro Region: Afrika, Arabische Welt und Naher Osten, Asien und Pazifik, Lateinamerika und Karibik, Europa.

Unter den Gewinnern der Regionen wird ein Gesamtgewinner gekürt, und ein zusätzlicher Themenpreis wird für Arbeiten verliehen, die sich mit der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen befassen.

Die Auswahl erfolgt durch eine „Grand Jury“ aus renommierten Journalisten aus aller Welt. Zu den diesjährigen Jury-Mitgliedern gehören Bruce Shapiro von der Columbia School of Journalism, die peruanische Journalistin und Gründerin von Panorámica Latinoamericana Isabel Recavarren, der in Neu Delhi ansässige Journalist und Präsident der Commonwealth Journalists Association Mahendra Ved, Maroun Labaki von Le Soir und die Afrikaredakteurin des BBC World Service, Mary Harper.

Die Preisverleihung an alle elf Gewinner findet im Rahmen der [Europäischen Entwicklungstage 2018](#) im Juni in Brüssel statt.

Der 1992 ins Leben gerufene Medienpreis wird im Gedenken an Lorenzo Natali verliehen, der zwölf Jahre lang Mitglied der Europäischen Kommission war. Im Zeitraum 1985-1989 war Natali u. a. für das Ressort „Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung“ zuständig. Er war ein entschiedener Verfechter der freien Meinungsäußerung, der Demokratie, der Menschenrechte und der Entwicklungspolitik. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Daily News vom 05.02.2018 [Link](#)

Lorenzo-Natali-Medienpreis [Link](#)

Bewerbung [Link](#)

Europäische Entwicklungstage [Link](#)

21

Filmwettbewerb 2018 - Reisen zu den Filmfestspielen in Cannes zu gewinnen

Wissen über europäische Filme, Fernsehserien und Spiele kann sich für die Teilnehmer am EU – Filmwettbewerb 2018 auszahlen. Zehn Gewinnern eines Quiz' winken Reisen zu den Filmfestspielen in Cannes vom 14. bis 16. Mai nebst Hotelübernachtung. Zu beantworten sind 18 Fragen, etwa nach preisgekrönten Filmen oder nach Handlungen und Charakteren aus Animationsfilmen und Serien. [Die Teilnahme an dem Online-Quiz ist bis zum 18. März möglich](#), die Gewinner werden Anfang April bekannt gegeben.



Creative
Europe
MEDIA

Seit 1991 investiert die EU im Rahmen des Programms Creative Europe MEDIA in Europas audiovisuelle Industrie und fördert damit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der europäischen Filmschaffenden. Jedes Jahr unterstützt sie rund 2.000 Projekte, darunter Filme, Fernsehserien, Videospiele, Trainingsinitiativen und Kinos.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 02/18*

Zum EU-Filmcontest [Link](#)



Sicherheitspersonal für EU-Haus in München gesucht

Die Vertretung der Europäischen Kommission in München, die ebenfalls im Auftrag des Informationsbüros des Europäischen Parlaments handelt, beabsichtigt die Beauftragung von Dienstleistungen von Sicherheitspersonal und Empfangs-/Telefonistendiensten für die Räumlichkeiten des EU -Hauses in München (Bobvan-Benthem-Platz 1, 80469 München).

Gegenstand der Ausschreibung ist die Erbringung von Dienstleistungen von uniformiertem und ausgebildetem sowie unbewaffnetem Sicherheitspersonal zur Durchführung von routinemäßigen Schutz- und Zugangskontrollaufgaben sowie von Empfangs-/Telefonistendiensten.

Die Ausschreibung unter der Referenznummer PR/2018-02-SEC /MUC finden Sie auf der Ausschreibungsseite der europäischen Institutionen TE D eTendering.

• *eag Quelle: EU-Nachrichten 02/18*

Zur Ausschreibung [Link](#)

Ausbildungsplätze für Rechtsreferendare in der Europäischen Kommission - hier GD Umwelt, internationale Beziehungen

Die Abteilung "Globale Nachhaltige Entwicklung" (v.a. multilaterale Umweltabkommen und bilaterale/regionale Beziehungen zu Drittländern) in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission bietet qualifizierten deutschen Referendar(inn)en die Möglichkeit, ihre Wahl- bzw. Verwaltungsstation in der Europäischen Kommission abzuleisten.

Die Abteilung mit drei Referaten koordiniert die internationalen Beziehungen der EU im Umweltbereich mit dem Ziel, nachhaltige Entwicklung im internationalen Rahmen zu fördern sowie den Zustand der Umwelt regional und global zu verbessern. Zu den Prioritäten gehören: die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und deren Integration in interne und externe Aktivitäten der EU; die Zusammenarbeit mit relevanten regionalen und globalen Institutionen, insbesondere dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP); die Weiterentwicklung des relevanten Völkerrechts u.a. im Bereich des Meeresumweltschutzes; der Vollzug bestehender internationaler Umweltabkommen u.a. zum Handel mit Holz(-erzeugnissen) und mit geschützten Arten (CITES) sowie zur biologischen Vielfalt/ genetischen Ressourcen (CBD/ABS); die Annäherung der Beitrittskandidaten und der Länder der östlichen und südlichen Nachbarschaft an den umweltrechtlichen *acquis* der Union.

Die Tätigkeit verlangt gute Kenntnisse des EU- und des Umweltrechts sowie Interesse an internationalen Fragen. Grundkenntnisse des Rechts der EU-Außenbeziehungen und der internationalen Organisationen sind von Vorteil. Die sichere Beherrschung der englischen neben der deutschen Sprache wird vorausgesetzt; französische Sprachkenntnisse sind vorteilhaft, Teamfähigkeit und Flexibilität notwendig. Die Referendar(inn)e(n) werden vollständig in die Arbeit der Abteilung integriert. Sie nehmen an Besprechungen teil, fertigen Dokumente an und unterstützen bei internationalen Verhandlungen. Der Mindestaufenthalt beträgt drei Monate. In der Abteilung stehen deutsche Volljuristinnen für die Betreuung bereit. Bei Interesse schicken Sie bitte Ihren tabellarischen Lebenslauf, ein Motivationsschreiben sowie eine Kopie Ihres Examenszeugnisses an matthias-leonhard.maier@ec.europa.eu Bitte geben Sie auch an, ob eventuelle Interessenkonflikte bestehen (z.B. naher Angehöriger arbeitet in einem Sektor, den wir betreuen).

• *eag Quelle: Rundmail AA vom 2. Februar 2018*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Horizon2020 and PRIMA Spain	Ms.Eva Gómez Camacho Universidad de Córdoba European Projects Office e-mail: opi@uco.es	<p>The University of Cordoba, Spain, is looking for partners to take part in European projects within the framework of Horizon2020 and PRIMA.</p> <p>The University of Cordoba is very important from the point of view of agricultural science. It is in an area very rich because of soil-climate conditions for agricultural production. Eco-efficient Cropping Systems group was established in 80's. It's research focus on sustainability of Mediterranean agroecosystems.</p> <p>Keywords:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sustainable agroecosystems• Climate-smart agriculture• Climate change mitigation• Carbon sequestration• Nitrogen fertilization• Tillage systems• Crop rotations• Cereals• Grain legumes• Oilseed crops



GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

24

Do sich d'r Fastelovend nähert un m'r verschiedene europäische Traditionen dozo belöochte welle, wäde m'r uns wöchentliches Quiz dismol en kölscher Mundart formulieren. Spaß beiseite aber ein wenig „jeck“ kann es schon werden. Viel Spaß beim Lösen der Quizfragen und in der ersten wird es doch noch einmal kölsch.

1. US-Präsident John F. Kennedy hat nach dem Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Köln am 23. Juni 1963 eine Rede vor Tausenden Kölnern gehalten. Mit welchen Worten hat er sich verabschiedet?
 - a. Kölle Alaaf!
 - b. Op widdersin!
 - c. Ich ben a kölsche!
2. Auch in Sachsen-Anhalts Partnerregion Masowien in Polen wird Karneval gefeiert. Traditionell werden am letzten Donnerstag (Tłusty czwartek) vor der Fastenzeit Krapfen (paczki) und Schmalzgebäck (faworki) zubereitet und gegessen. Wie heißt dieser Tag ins Deutsche übersetzt?
 - d. fauler Donnerstag
 - e. langer Donnerstag
 - f. fetter Donnerstag



3. Eine ausführliche Auflistung verschiedener Karnevalstraditionen findet sich auf Internetseite des FECC (Federation European Carnival Cities). Dort werden verschiedene Brauchtümer und neuere Entwicklungen von karnevalähnlichen Veranstaltungen dokumentiert. In wieviele Kategorien werden diese eingeteilt?
 - a. in katholische, protestantische und orthodoxe Traditionen, also 3 Kategorien
 - b. in 9 Kategorien, je nach Region, Thematik und Jahreszeit sortiert
 - c. in 47 Kategorien, in Anlehnung an die Mitgliedsstaaten im Europarat



Antworten:

1. a) Nach seiner Rede verabschiedete sich John F. Kennedy mit Kölle Alaaf. Sprachwissenschaftler gehen davon aus, dass es diesen Trink- und Jubelruf schon vor der Karnevalstradition gab, da er sich auf Tonkrügen aus dem 16. Jahrhundert schon wiederfindet und al-aaf in diesem Zusammenhang mit „nichts geht über“ oder „über alles“ übersetzt wird.

2. c) Ins Deutsche übersetzt könnte man diesen Tag als „fetter oder fettiger Donnerstag“ bezeichnen, da es vor der Fastenzeit der letzte Tag war, an dem nach der kirchlichen Liturgie geschlachtet oder gebacken werden durfte. Im deutsche Sprachraum gibt es für diesen Tag noch andere, teils fremdartig klingende Bezeichnungen w.z.B. Schmotziger Dunschtich, Schmotziga Dorschdich, Schmotziger Dauschtich, Schmotziga Dauschteg, Dicker Donnerstag, Unsinniger Donnerstag, Gombiger Doschdig, Gombadonnerschdag, Gumpiger Dunschtig, Glombiger Doschdig

3. b) Auf der Seite des FECC werden folgende Kategorien, je nach Region, Ausrichtung und Jahreszeit unterschieden (ohne Anspruch auf vollständigkeit):
 1. Rheinland-Karneval (Westdeutschland, Ostniederlande, Belgien)
 2. Burgunder Karneval (Provinz Brabant, Niederlande)
 3. Mi-Careme (Luxemburg, Frankreich, wallonische Provinz / Belgien)
 4. Guggenmusik Karneval (Schweiz, Liechtenstein)
 5. Allemanischer Karneval (Süddeutschland)
 6. Balkan Folkloristischer Karneval (Kroatien, Kurent (Slowenien), Gyros (Griechenland), Kukeri, Survakari, Kamilari (Bulgarien / Mazedonien), Südpolen, Ungarn, Slowakei, Eggersdorf/ Graz (Österreich))
 7. Samba Karneval / karibischer Karneval (Kanarische Inseln, Portugal, Madeira, Finnland und Schweden)
 8. Mediterraner Karneval (Malta, Italien (Viareggio, Putignano, Fano), Limassol (Zypern) Nizza (Frankreich) Sousse (Tunesien),Gozo (Malta), Patras (Griechenland), Rijeka, Samobor, Dubrovnik (Kroatien), Cartagena, Murcia (Spanien)
 9. Neue Karnevale und Sommerkarneval (Russland (St. Petersburg, Pskov, Moskau),Aalborg und Kopenhagen (Dänemark), Senj (Kroatien))

26

Und wer in Sachsen-Anhalt Karneval in vollen "RosenmontagsZügen" genießen möchte ist am 12.02.2018 um 11:11 Uhr zum 30. Großen KUKAKÖthener Rosenmontagszug unter dem Motto „Klappe, die 1. und Film ab!“ in die Köthener Innenstadt eingeladen.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Valentin Heller (VH)	Praktikant	...22	E-Mail
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT

